Stadt Lollar, Stadtteil Ruttershausen

Bebauungsplan Nr. 2.7 "Ober dem Hohlweg / Auf dem Klinkgraben"

3. Änderung



Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20.12.2023 (BGBI. 2023 I Nr. 394),

geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 03.07.2023 (BGBI. 2023 I Nr. 176), Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) i.d.F. der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBI. I 1991 S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBI. I S. 1802),

Baunutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt

Hessische Bauordnung (HBO) vom 28.05.2018 (GVBI. I S. 198), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.07.2024 (GVBI. 2024 Nr.32), Hessisches Wassergesetz (HWG) vom 14.12.2010 (GVBI. I S. 548), zuletzt geändert durch Artikel 3 des

Hessische Gemeindeordnung (HGO) i.d.F. vom 07.03.2005 (GVBI. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16.02.2023 (GVBI. S. 90, 93).

Zeichenerklärung

Katasteramtliche Darstellung

Gesetzes vom 28.06.2023 (GVBI. S. 473, 475),

	Flurgrenze
Flur 2	Flurnummer
375	Flurstücksnummer
	vorhandene Grundstücks- und Wegeparzellen mit Grenzsteinen
Dlanzaiahan	

<u>Planzeichen</u>

Art der baulichen Nutzung

Allgemeines Wohngebiet

Grundflächenzahl

(OK EG RFB), hier:

Maß der baulichen Nutzung

GFZ	Geschossflächenzahl
Z	Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß
	Höhe baulicher Anlagen als Höchstmaß in m über Oberkante Erdgeschoss Rohfußboden

Oberkante Gebäude (in Metern über Normalhöhennull)

Einzel- und Doppelhäuser zulässig

Bauweise, Baulinien, Baugrenzer

	Baugrenze
	überbaubare Grundstücksfläche
<u></u>	nicht überbaubare Grundstücksfläche

Verkehrsflächen

Straßenverkehrsflächen (öffentlich)

Straßenbegrenzungslinie

Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen

<u>\</u>	Regenwasserkanal	
—> <u>MW</u> ->	Mischwasserkanal	

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Entwicklungsziel: Magerrasen und Sukzession am Wald

Anpflanzung von Hochstammobstbäumen

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen

Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Flächen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Sonstige Darstellungen

Höhenlinie in m über Normalhöhennull (NHN)

Bemaßung (verbindlich)

geplante Grundstücksgrenzen (unverbindlich)



Räumlicher Geltungsbereich des angrenzenden Bebauungsplanes Nr. 2.7 "Oberdem Hohlweg / Auf dem Klinkgraben" aus dem Jahr 1997

Nutzungsschablone

		0112	0.2	ı	Hadotyp					
1	WA	0,4	0,5	_	ED					
Bei Konkurrenz von GRZ und überbaubarer Grundstücksfläche gilt die engere Festsetzu										

Nr Baugebiet GR7 GF7 7 Haustyn

1 Textliche Festsetzungen (BauGB / BauNVO)

Für den räumlichen Geltungsbereich gilt:

Mit Inkrafttreten des Bebauungsplans Nr. 2.7 "Ober dem Hohlweg / Auf dem Klinkgraben" - 3. Änderung werden für seinen Geltungsbereich die Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 2.7 "Ober dem Hohlweg / Auf dem Klinkgraben" von 1997 sowie der 2. Änderung des Bebauungsplans von 2000 durch die Festsetzungen der vorliegenden 3. Änderung des Bebauungsplans ersetzt.

1.1 Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

- 1.1.1 Gemäß § 4 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 5 und 6 BauNVO: Die nach § 4 Abs. 3 Nr.3 bis 5 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe und Tankstellen werden nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.
- 1.1.2 Gemäß § 9 Abs.1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 16 Abs. 2 Nr. 4 und § 18 Abs. 1 BauNVO: Die maximale Höhe der Gebäudeoberkante wird gemäß Darstellung in der Plankarte festgesetzt. Die Gebäudeoberkante ist die Oberkante der Dachhaut am höchsten Punkt des Gebäudes.

1.2 Flächen für Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 23 Abs. 5 BauNVO)

Innerhalb der überbaubaren und nicht-überbaubaren Grundstücksfläche sind Stellplätze, Garagen, Carports, Nebenanlagen und Löschwasserzisternen zulässig.

1.3 Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)

Im Allgemeinen Wohngebiet sind je Wohngebäude max. 2 Wohneinheiten (bei Doppelhäusern zählt jede Haushälfte) zulässig.

1.4 Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

Rasenkammersteinen, Schotterrasen oder wasserdurchlässigem Pflaster mit einem Mindestfugenanteil von 10 % zu befestigen. Das auf Terrassen anfallende Niederschlagswasser ist seitlich zu versickern. 1.5 Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden,

Gehwege, Garagenzufahrten und Hofflächen i.S. von untergeordneten Nebenanlagen sind mit

Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB i.V.m. § 9 Abs. 1a BauGB) Für den vorliegenden Bebauungsplan besteht ein Ausgleichsbedarf von 26.681 Biotopwertpunkten. Die

Kompensation des Eingriffs wird durch Inanspruchnahme eines Teiles der genehmigten vorlaufenden Ersatzmaßnahme "Lollarkopf" 2.630 m² (26.773 BWP), Aktenzeichen VII-360-313/13.01/07-0592 mit Datum vom 25.01.2008 genehmigt, gewährleistet.

Entwicklungsziel: Magerrasen und Sukzession am Wald

Maßnahme: Der Magerrasenbestand ist durch einschürige Mahd und/oder extensive Beweidung offenzuhalten. Düngung oder sonstige Nährstoffzufuhr sowie jegliche Form der intensiven Nutzung ist unzulässig. Der Waldrand ist der freien Sukzession zu überlassen. Aufkommende Koniferen sind zu entfernen.

1.6 Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

Für die Funktionsfähigkeit des Plangebietes wird ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht gemäß Plankarte zugunsten des Zweckverbandes Lollar-Staufenberg festgesetzt. Die Fläche ist von oberirdischen baulichen Anlagen (Hochbauten) freizuhalten.

1.7 Gebiete, in denen bei der Errichtung von Gebäuden oder bestimmten sonstigen baulichen Anlagen bestimmte bauliche und sonstige technische Maßnahmen für die Erzeugung, Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Koppelung getroffen werden müssen (§ 9 Abs.1 Nr.23b BauGB)

Im Allgemeinen Wohngebiet mit der Ifd. Nr. 1 sind Photovoltaikanlagen und/oder Solarthermieanlagen jeweils auf mindestens 60 % der Dachfläche von Gebäuden zu errichten. Die mindestens zu errichtende Fläche von sind Photovoltaikanlagen und/oder Solarthermieanlagen kann auch auf nur einer oder mehreren baulichen Anlagen errichtet werden, wenn sichergestellt ist, dass insgesamt eine Fläche errichtet wird, die 60 % der Dachflächen auf dem Baugrundstück entspricht.

1.8 Anpflanzen und Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs.1 Nr. 25a und

- 1.8.1 Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB gilt: Je Symbol in der Plankarte ist ein hochstämmiger Obstbaum mit einem Mindest-Stammumfang von 14-16 cm zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Bei Abgang sind gleichwertige Ersatzpflanzungen vorzunehmen (siehe Artenliste). Der Standort der Bäume kann um bis zu 5 Meter variiert werden, die Gesamtanzahl darf hierdurch nicht reduziert werden.
- 1.8.2 Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB gilt: Innerhalb der umgrenzten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen ist eine Anpflanzung mit einheimischen, standortgerechten Laubgehölzen (siehe Artenliste) vorzunehmen und dauerhaft zu erhalten. Es gilt je 2 m² ein standortgerechter Strauch zu pflanzen. Bei Abgang sind gleichwertige Ersatzpflanzungen vorzunehmen.
- 1.8.3 Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB gilt: Je Symbol in der Plankarte ist der vorhandene Baum dauerhaft zu pflegen und zu erhalten. Bei Abgang sind gleichwertige Ersatzpflanzungen vorzunehmen.
- 1.8.4 Dächer mit einer Dachneigung von kleiner gleich 10° sind jeweils durch einen Anteil von mind. 80 % in extensiver Form mit einer Sedum-Kraut-Begrünung dauerhaft zu begrünen. Bei Dachflächen, die für die Nutzung/ Gewinnung solarer Strahlungsenergie herangezogen werden ist die Dachbegrünung kombiniert

1.9 Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern (§ 9 Abs. 1 Nr. 26 BauGB soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich)

Von der Straßenseite aus sind Böschungen als Abgrabungen oder Aufschüttungen auf dem Grundstück zu dulden, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind. Sie können von den Grundstückseigentümern durch die Errichtung von Stützmauern bis zu 0,50 m (Höchstmaß) abgewendet werden. Ausnahmen von dem Höchstmaß können bei besonders ungünstigen Geländeverhältnissen

Bauordnungsrechtliche Gestaltungsvorschriften (Satzung gemäß § 91 Abs. 1 und 3 HBO i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB)

2.1 Dachgestaltung (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 Nr. 1 HBO)

- 2.1.1 Zulässig sind Pultdächer, Satteldächer und Walmdächer mit einer Neigung von 28° 45°. Bei Garagen, überdachten PKW-Stellplätzen und Nebenanlagen i.S.v. §§ 12 und 14 BauNVO sowie bei untergeordneten Nebendächern sind abweichende Dachneigungen zulässig.
- 2.1.2 Zur Dacheindeckung sind nicht spiegelnde oder reflektierende Materialien in dunklen (anthrazit, schwarz, grau) und roten Farbtönen (braun, ziegelrot, dunkelrot) sowie dauerhafte Begrünungen zulässig. Anlagen zur aktiven Nutzung von Solarenergie und Photovoltaik sind ausdrücklich zulässig.

2.2 Einfriedungen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs.1 Nr. 3 HBO)

- 2.2.1 Im Allgemeinen Wohngebiet (WA 1) gilt eine Höhe von max. 1,2 m über Geländeoberkante sowie ein Mindestbodenabstand von 0,15 m. Zulässig sind ausschließlich Hecken oder gebrochene (offene) Einfriedungen (Drahtgeflecht, Stabgitter, Streckmetall, Holz, etc.) bis zu einer Höhe von max. 1,2 m über Geländeoberkante und nur in Verbindung mit einheimischen, standortgerechten Laubsträuchern oder
- 2.2.2 Mauern, Betonsockel und Mauersockel sind unzulässig, soweit es sich nicht um erforderliche Stützmauern zum Straßenraum handelt. Punktfundamente für Einfriedungen sind zulässig.

2.3.1 100 % der Grundstücksfreiflächen (= nicht überbaubare Grundstücksfläche laut GRZ) sind als Garten,

2.3 Gestaltung der Grundstücksfreiflächen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 Nr. 5 HBO)

Pflanzbeet oder natürliche Grünfläche anzulegen. Davon sind mindestens 30% mit einheimischen, standortgerechten Laubgehölzen zu bepflanzen. Es gilt ein Laubbaum je 20 m², ein Strauch je 2 m² Grundstücksfläche (siehe Artenliste). Die bestehenden Sträucher und Bäume können bei Erhalt zur Anrechnung gebracht werden. Blühende Ziersträucher und Arten alter Bauerngärten können als Einzelpflanzen

Gebäude dienen (dem Spritzwasserschutz dienen Hausumrandungen entsprechend dem jeweiligen

Wasserrechtliche Festsetzungen (BauGB / HWG)

(Satzung gemäß § 37 Abs. 4 Satz 2 und 3 HWG i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB)

Verwendung von Niederschlagswasser gemäß § 9 Abs.4 BauGB i.V.m. § 37 Abs.4 HWG:

Niederschlagswasser nicht begrünter Dachflächen ist zu sammeln und zu verwerten (Brauchwassernutzung), sofern wasserwirtschaftliche und gesundheitliche Belange nicht entgegenstehen. Das Dachflächenwasser ist in einer Zisterne aufzufangen und als Brauchwasser zu nutzen. Hinweise zur Dimensionierung der Zisterne, siehe Begründung.

Hinweise und nachrichtliche Übernahmen

4.1 Stellplatzsatzung

Die Stellplatzsatzung der Stadt Lollar in der zum Zeitpunkt der Bauantragstellung geltenden Fassung ist

4.2 Erneuerbare Energien und Energieeinsparung

Auf das Gesetz zur Einsparung von Energie und zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden (Gebäudeenergiegesetz - GEG) und die hier enthaltenen Vor-gaben für einen möglichst sparsamen Einsatz von Energie in Gebäuden einschließlich einer zunehmenden Nutzung erneuerbarer Energien zur Erzeugung von Wärme, Kälte und Strom für den Gebäudebetrieb wird hingewiesen. Es gilt jeweils die zum Zeitpunkt der Bauantragstellung wirksame Fassung.

Verwertung von Niederschlagswasser

Niederschlagswasser soll ortsnah versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisa-tion ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirt-schaftliche Belange entgegenstehen (§ 55 Abs. 2 Satz 1 WHG).

Abwasser, insbesondere Niederschlagswasser, soll von der Person, bei der es anfällt, ver-wertet werden, wenn wasserwirtschaftliche und gesundheitliche Belange nicht entgegen-stehen (§ 37 Abs.4 HWG).

Denkmalschutz

Bei Erdarbeiten können jederzeit Bodendenkmäler wie Mauern, Steinsetzungen, Bodenverfärbungen und Fundgegenstände (Scherben, Steingeräte, Skelettreste) entdeckt werden. Diese sind gemäß § 21 HDSchG unverzüglich dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen (Abt. Archäologische Denkmalpflege) oder der unteren Denkmalschutzbehörde anzuzeigen. Fund und Fundstellen sind gem. § 21 Abs. 3 HDSchG in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung des Fundes zu schützen.

4.5 Telekommunikationsleitungen

In Plangebiet befinden sich Telekommunikationsleitungen der Deutschen Telekom Technik GmbH.

4.6 Gasversorgungsleitungen Im Plangebiet befinden sich Versorgungsanlagen der EAM-Netz GmbH (Gas-MD-Leitung).

Im Plangebiet befinden sich Stromversorgungsanlagen der Mittelhessen Netz GmbH.

Das Plangebiet liegt teilweise im Gebiet eines erloschenen Bergwerksfeldes, indem das Vorkommen von Erz

nachgewiesen wurde. 4.9 Artenschutzrechtliche Vorgaben und Hinweise

Die Vorschriften des besonderen Artenschutzes des § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sind zu beachten. Zur Vermeidung der Zerstörung oder Beschädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten besonders

a) Baumaßnahmen, die zu einer Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten geschützter Vogelarten führen können, sind außerhalb der Brutzeit durchzuführen.

und streng geschützter Arten (vgl. § 7 Abs. 2 Nr. 13 und 14 BNatSchG) sind die folgenden Punkte zu beachten:

 b) Gehölzrückschnitte und -rodungen sind außerhalb der Brutzeit (01.03. bis 30.09.) durchzuführe c) Baumhöhlen sind vor Beginn von Rodungs- oder Bauarbeiten außerhalb der Brutzeit (01.03. bis 30.09.) auf

überwinternde Arten zu überprüfen. d) Rodungen von Höhlenbäumen und Abrissarbeiten sind außerhalb der Wochenstubenzeit (01.05. bis 31.07.) durchzuführen und durch eine qualifizierte Person zu begleiten.

Bei abweichender Vorgehensweise ist die Untere Naturschutzbehörde vorab zu informieren. Werden Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG berührt, ist eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG bzw. Befreiung nach § 67 BNatSchG bei der Unteren Naturschutzbehörde zu beantragen.

Artenliste 1 (Bäume):

Acer campestre - Feldahorn Obstbäume: Acer platanoides - Spitzahorn Malus domestica - Apfel Acer pseudoplatanus - Bergahorn Prunus avium - Kulturkirsche Carpinus betulus - Hainbuche Prunus cerasus - Sauerkirsche Prunus div. spec. - Kirsche, Pflaume Fraxinus excelsior - Esche Prunus avium - Vogelkirsche Pyrus communis - Birne Prunus padus - Traubenkirsche Pyrus pyraster - Wildbirne

Quercus robur - Stieleiche Sorbus aria/intermedia - Mehlbeere Sorbus aucuparia - Eberesche

Quercus petraea - Traubeneiche

Tilia cordata - Winterlinde Tilia platyphyllos - Sommerlinde Artenliste 2 (Sträucher):

> Amelanchier ovalis - Gemeine Felsenbirne Malus sylvestris - Wildapfel Buxus sempervirens - Buchsbaum Rhamnus cathartica - Kreuzdorn Cornus sanguinea - Roter Hartriegel Ribes div. spec. - Beerensträucher Corylus avellana - Hasel Rosa canina - Hundsrose Euonymus europaea - Pfaffenhütchen Salix caprea - Salweide Frangula alnus - Faulbaum Salix purpurea - Purpurweide Genista tinctoria - Färberginster Sambucus nigra - Schwarzer Holunder

Ligustrum vulgare - Liguster Lonicera xylosteum - Heckenkirsche Lonicera caerulea - Heckenkirsche

Artenliste 3 (Ziersträucher und Kleinbäume): Amelanchier div. spec. - Felsenbirne Lonicera caprifolium - Gartengeißblatt

Lonicera nigra - Heckenkirsche Calluna vulgaris - Heidekraut Lonicera periclymenum - Waldgeißblatt Chaenomeles div. spec. - Zierquitte Cornus florida - Blumenhartriegel Magnolia div. spec. - Magnolie Malus div. spec. - Zierapfel Cornus mas - Kornelkirsche Philadelphus div. spec. - Falscher Jasmin Deutzia div. spec. - Deutzie Forsythia x intermedia - Forsythie Rosa div. spec. - Rosen Hamamelis mollis - Zaubernuss Spiraea div. spec. - Spiere Hydrangea macrophylla - Hortensie Weigela div. spec. - Weigelia

Viburnum lantana - Wolliger Schneeball

Viburnum opulus - Gemeiner Schneeball

Lonicera spec. - Heckenkirsche

Artenliste 4 (Kletterpflanzen): Aristolochia macrophylla - Pfeifenwinde

Clematis vitalba - Wald-Rebe Parthenocissus tricusp. - Wilder Wein Hedera helix - Efeu Polygonum aubertii - Knöterich Hydrangea petiolaris - Kletter-Hortensie Wisteria sinensis - Blauregen

Verfahrensvermerke:

Der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB wurde durch die Stadtverordnetenversammlung gefasst am

____·__

___·__·

---·---·

____·___·__

____·___·___

---·---·

Der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB wurde ortsüblich

bekanntgemacht am

Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB wurde ortsüblich bekanntgemacht am

bis einschließlich Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB wurde ortsüblich be-

Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte in der Zeit vom

Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB erfolgte in der Zeit vom

Der Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 5 HGO und § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 HBO und § 37 Abs. 4 HWG erfolgte durch die Stadtverordnetenversammlung am

Die Bekanntmachungen erfolgten im

bis einschließlich

Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieses Bebauungsplanes mit den hierzu ergangenen Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung übereinstimmt und dass die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften eingehalten worden sind.

Lollar, den ___.__.

Bürgermeister

Rechtskraftvermerk:

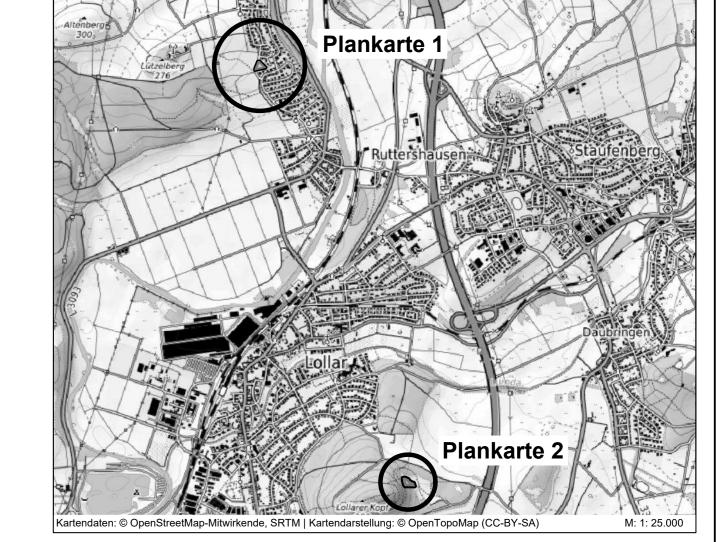
Der Bebauungsplan ist durch ortsübliche Bekanntmachung gem. § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft getreten am:

Lollar, den ___.__.

Bürgermeister



Stadt Lollar, Stadtteil Ruttershausen Bebauungsplan Nr. 2.7 "Ober dem Hohlweg Auf dem Klinkgraben" - 3. Änderung



■ ■ PLANUNGSBÜRO FISCHER Raumplanung | Stadtplanung | Umweltplanung Im Nordpark 1 - 35435 Wettenberg | t. +49 641 98441-22 | f. +49 641 98441-155 | info@fischer-plan.de | www.fischer-plan.de

Entwurf

Wolf, Will

Projektnummer: 25-3049

2.3.2 Stein-, Kies-, Split- und Schotterschüttungen sind unzulässig, soweit sie nicht dem Spritzwasserschutz am

Auf die Grenzabstände für Pflanzungen gemäß §§ 38-40 Hessisches Nachbarrechtsgesetz wird hingewiesen.

Wellst., Beil, M.Damm

04.10.2021

05.08.2025